

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten

Sehr geehrte/r Bewerber/in,
sehr geehrte/r Teilnehmer/in der Bildungsmaßnahme,

Sie befinden sich gerade in der Bewerbungsphase, oder haben schon einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen, um eine Bildungsmaßnahme in der Louise von Marillac-Schule aufzunehmen.

Im Bewerberverfahren und während der Ausbildung sind wir auf Daten von Ihnen angewiesen.

Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Bildungsmaßnahmen, die einer staatlichen Genehmigung bedürfen und deren Inhalte und Durchführung in einem Gesetz und in einer Ausbildungs- und Prüfungsverordnung geregelt sind. Der Abschluss der Ausbildung erfolgt in der Regel durch eine staatliche Prüfung unter Leitung des örtlichen Gesundheitsamtes oder der Bezirksregierung.

Wir erheben dabei nur die Daten, die für die Erfüllung unserer Aufgaben als Bildungsträger notwendig sind.

Mit diesen gesetzlich geforderten Hinweisen wollen wir Sie über den Umfang der Datenverarbeitung informieren und stehen gerne für Rückfragen zur Verfügung.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht.

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des betrieblichen Datenschutzbeauftragten

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch:

Louise von Marillac-Schule Träger GmbH (im Folgenden: LvM)
Dipl.-Ök. André Meiser, Geschäftsführer
Simon-Meister Str. 46-50
50733 Köln
Tel: (0221) 912468-17
Fax: (0221) 912468-50
Email: info@lvmschule.de

Der betriebliche Datenschutzbeauftragte ist unter der folgenden Anschrift erreichbar:

Herr Stefan Strüwe
Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt)
CURACON GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Am Mittelhafen 14
48155 Münster
Tel: (0251) 92208-209 oder 0170 3191088
E-Mail: stefan.struwe@curacon.de

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Diese für die Erfüllung unserer Aufgaben erforderlichen Daten werden EDV-technisch (elektronisch) im Teilnehmerverwaltungsprogramm, in der Lernplattform ILIAS sowie in Papierform in der Bewerber- und Auszubildendenerakte gespeichert bzw. aufbewahrt.

Mit der Bewerbung für eine Bildungsmaßnahme werden folgende Daten erhoben und gespeichert:

- Anrede, Vorname, Nachname
- Geschlecht
- Geburtsdatum, Geburtsort, Geburtsname, Staatsangehörigkeit, Familienstand
- Mail, Telefon, Fax
- Schulabschluss, Daten des Lebenslaufes, Zeugnisdaten
- Ggf. Aufenthaltsstatus, Arbeitserlaubnis

Mit Abschluss des Vertrages werden die Daten der Bewerbung in die Daten der Bildungsmaßnahme überführt. Es werden folgende Daten erhoben und gespeichert:

- Anrede, Vorname, Nachname
- Geschlecht
- Geburtsdatum, Geburtsort, Geburtsname, Staatsangehörigkeit, Familienstand
- Mail, Telefon, Fax
- Schulabschluss, Daten des Lebenslaufes, Zeugnisdaten
- Ggf. Aufenthaltsstatus, Arbeitserlaubnis
- Zeugnisdaten, Prüfungsdaten, Qualifikationen
- Fortbildungen/Praktika
- Kursdaten, praktische Einsatzplanung
- Fehlzeiten in der theoretischen und praktischen Ausbildung, Teilnahme in der Unterrichtsveranstaltung
- Arbeitsunfähigkeit
- Aktennotizen
- Führungs- und Gesundheitszeugnis
- Bibliotheks- und Medienverleih

Die Erhebung dieser Daten erfolgt für die Planung, Durchführung und das abschließende Examen der Bildungsmaßnahme.

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und insbesondere den Vorschriften des Gesetzes über den Kirchlichen Datenschutz (KDG).

Daneben sind Verarbeitungen auch in den Fällen zulässig, in denen Sie uns Ihre Einwilligung erklärt haben.

Nur die an Ihrer Bildungsmaßnahme beteiligten Personen haben Zugriff auf Ihre Daten.

Die von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden im Rahmen des Bewerbungsverfahrens bei Nichtübernahme nach 6 Monaten nach der schriftlichen Absage an den Bewerber zurückgeschickt und gelöscht. Diese Frist ergibt sich aus einer möglichen rechtlichen Verpflichtung nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Nach Einwilligung Ihrerseits werden Ihre Daten im Rahmen einer Warteliste gespeichert.

Nach der Beendigung der Ausbildung richtet sich die Aufbewahrungsfrist nach der gesetzlichen Regelung in Analogie zu VO DV I. Die Aufbewahrung beläuft sich je nach Dokumentenart zwischen 3 und 30 Jahren.

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dieses für die Abwicklung der Bildungsmaßnahme erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört:

- Gesundheitsamt/Bezirksregierung (Ablegen der Prüfung)
- Vertragspartner für praktische Ausbildung (Praxiseinsätze)
- Betriebsarzt (Durchführung von betriebsärztlicher Untersuchung)
- BaFögAmt (Klärung von Ansprüchen)
- Ausländerbehörde (Klärung des Aufenthaltsstatus)

Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

4. Werden Daten in ein Drittland übermittelt?

Wir sind ein in Deutschland tätiges Unternehmen, welches in der Regel Ihre Daten nur innerhalb der Europäischen Union verarbeitet. Im Einzelfall kann es erforderlich sein, dass wir Ihre personenbezogenen Daten in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (Drittstaaten) übermitteln, dies erfolgt jedoch nur, soweit

- dies im Rahmen der Erfüllung des Behandlungsvertrags erforderlich ist,
- es gesetzlich vorgeschrieben ist,
- Sie uns Ihre Einwilligung erteilt haben.

Sofern wir Ihre Daten in ein Drittland übermitteln, erfolgt dies grundsätzlich entsprechend den Vorgaben des KDG. Darüber hinaus übermitteln wir im Einklang mit dem Grundsatz der Datenminimierung ausschließlich Daten, die auf das erforderliche Minimum beschränkt sind.

5. Betroffenenrechte

Ihnen stehen sogenannte Betroffenenrechte zu, d.h. Rechte, die Sie als im Einzelfall betroffene Person ausüben können. Diese Rechte können Sie gegenüber dem Bildungsträger geltend machen. Sie ergeben sich aus dem Kirchlichen Datenschutz (KDG), die auch in Deutschland gilt:

- Recht auf Widerruf einer erteilten Einwilligung § 8 Abs. 6 KDG
Sie haben das Recht, eine einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen.
- Recht auf Auskunft, § 17 KDG
Sie haben das Recht auf Auskunft über die Sie betreffenden gespeicherten personenbezogenen Daten.

- Recht auf Berichtigung, § 18 KDG
Wenn Sie feststellen, dass unrichtige Daten zu Ihrer Person verarbeitet werden, können Sie Berichtigung verlangen. Unvollständig Daten müssen unter Berücksichtigung des Zwecks der Verarbeitung vervollständigt werden.
- Recht auf Löschung, § 19 KDG
Sie haben das Recht, die Löschung Ihrer Daten zu verlangen, wenn bestimmte Löschründe vorliegen und keine gesetzlichen Aufbewahrungsfristen, oder andere gesetzliche Gründe dagegensprechen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn diese zu dem Zweck, zu dem sie ursprünglich erhoben oder verarbeite wurden, nicht mehr erforderlich sind.
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, § 20 KDG
Sie haben das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten. Dies bedeutet, dass Ihrer Daten zwar nicht gelöst werden, aber gekennzeichnet werden, um Ihre weitere Verarbeitung oder Nutzung einzuschränken.
- Recht auf Übermittlung, § 22 KDG
Sie haben ein Recht, Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigem und maschinenlesbarem Format zu erhalten, oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlich zu verlangen.
- Recht auf Widerspruch gegen unzumutbare Datenverarbeitung, § 23 KDG
Sie haben grundsätzlich ein allgemeines Widerspruchsrecht auch gegen rechtmäßige Datenverarbeitungen, die im öffentlichen Interesse liegen, in Ausübung öffentlicher Gewalt oder aufgrund des berechtigten Interesses einer Stelle erfolgen.
- Recht Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde wegen Datenschutzverstößen, § 48 KDG
Unabhängig davon, dass es Ihnen auch freisteht, gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, haben Sie das Recht auf Beschwerden bei einer Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtlich nicht zulässig ist. Die Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde kann formlos erfolgen.

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.